

Entsorgung und Recycling der Stadt Bern an neue Abfallverordnung angepasst



Die Abfallverordnung VVEA bringt einige neue Bestimmungen für die gebührenfinanzierte Siedlungsabfallentsorgung mit sich. EBP unterstützte in Zusammenarbeit mit geo-balance die Stadt Bern dabei, ihre Entsorgung an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

Grosse Betriebe sind nicht mehr an die städtische Abfallentsorgung gebunden – das besagt die neue Abfallverordnung (VVEA), gültig seit 1. Januar 2019. Konkret heisst das: Betriebe mit mehr als 250 Vollzeitäquivalenten sind nicht mehr verpflichtet, die Grundgebühr für die lokale Entsorgung zu zahlen. Sie können stattdessen ein privates Unternehmen mit der Entsorgung ihrer Abfälle beauftragen.

Abfallentsorgung über private Betriebe oder öffentliche Hand

Die öffentliche Hand darf diesen Betrieben weiterhin die Entsorgung anbieten, allerdings muss sie auf Vollkostentarife achten. Die ERB beschloss, dass sie auch in Zukunft solchen Grosskunden ihre Entsorgungsdienstleistung anbieten möchte. Hierzu waren jedoch einige organisatorische Anpassungen nötig.

Ein neues Angebot für Marktkunden aufbauen

Als externe Projektleiter unterstützten wir die ERB dabei, ein solches, für sie neues Marktangebot umzusetzen: Wir koordinierten die Arbeiten mit den betroffenen Abteilungen. Unter anderem waren Anpassung der rechtlichen Grundlagen nötig, ebenso galt es, eine separate Buchhaltung für Marktkunden aufzubauen. Auch die internen Prozesse und die

Auftraggeber

Stadt Bern, Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün, Entsorgung + Recycling

Fakten

Zeitraum 2018 - 2019

Projektland Schweiz

Ansprechpersonen

Denise Fussen
denise.fussen@ebp.ch

Dr. Andy Spörri
andy.spoerri@ebp.ch

IT mussten umgestellt werden. Ergänzend zu unseren beratenden, konzeptionellen und koordinativen Leistungen erarbeiteten wir für die ERB:

- Listen aller Betriebe, die aus dem Entsorgungsmonopol fallen
- Berechnungen der Grundgebühren für die verbleibenden Monopolkunden
- Ein Pricing für das neue Marktkundenangebot
- Vorlagen für die Kommunikation mit den betroffenen Betrieben